„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochausgabe 12—32 Seiten Stark.
"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West.
MEMBERS OF A.B.C.
Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the members of the paper.
J. W. EHMANN, Managing Director.
(Advertising Rates upon application)

Liebeswerk für die Rußland-Flüchtlinge

Bekanntlich haben Regierung und Volk in Deutschland, trotz der drückenden Wirtschaftsnot im eigenen Lande, ein großzügiges Hilfswerk organisiert, um unsere deutschen Brüder und Schwestern, die aus Rußland geflohen sind, zu unterstützen und ihnen während ihres Aufenthaltes in Deutschland Nahrung, Kleidung und Unterkunft zu beschaffen. Mit dem Aufruf „Brüder in Not!" sammeln deutsche Vereine und Verbände, deutsche Kirchengemeinschaften, deutsche Banken und Postanstalten für die armen Rußlandflüchtlinge. In großherziger, echt brüderlicher Liebe spenden Tausende und Tausende von Deutschen für Scherflein zur Linderung der bitteren Flüchtlingsnot. Gewiß gibt es

auch unter den Deutschcanadiern

so manche, die gerne etwas zu diesem Hilfswerk beisteuern. Die Opferwilligkeit unserer hiesigen deutschen Freunde war uns wohl erkannt, nur wollten aber erst zu Spenden auffordern, nachdem wir uns klar darüber waren, **welche Stelle zur Entgegennahme der Gelder berechtigt ist.** Daher wandten wir uns mit einer Anfrage an den Deutschen Konsul Herrn Dr. Kurt Martin in Winnipeg, dem wir schon einen Betrag übermitteln konnten. Herr Konsul Dr. Martin schrieb uns in einem Briefe vom 7. Januar 1930 darauf folgendes:

„Spenden für die Rußlanddeutschen nimmt das Deutsche Konsulat gern entgegen und übersendet dem Spender jeweilig eine besondere Empfangsbestätigung. Das ist auch bei dem durch Sie übermittelten Betrag geschehen. Wenn Sie in Ihrem Blatt weiter hin auf das Hilfswerk hinweisen wollten, würden Sie zweifellos ein gutes Werk tun."

Wer also einen größeren oder kleineren Geldbetrag für die armen Rußland-Flüchtlinge geben will, **möge solche Spenden direkt senden an:**

Deutsches Konsulat, 300 Royal Bank Bldg., 504 Main Street, Winnipeg, Man.

*

Der Dank der Rußlandflüchtlinge.

Die in der Quarantäne-Anstalt Osternaburg (Deutschland) untergebrachten russlanddeutschen Kolonisten, die wegen der Erkrankung ihrer Kinder vorläufig zurückbehalten werden mußten, übergaben der Oeffentlichkeit ein an die Reichsregierung und das deutsche Volk gerichtetes Dankschreiben. In diesem heißt es:

„Mit sehnsuchtsvollen, klopfenden Herzen standen wir am 2. Dezember auf dem Verdeck des russischen Dampfers „Alexey Rutov" und erwarteten den Augenblick, der uns glücklich an deutsches Land bringen würde. Bei manchem von uns mag da weiß die Frage aufgetauchen sein: Wie wird man uns in Deutschland wohl begegnen? Wir hatten zwar schon in Moskau und Petersburg von dem dortigen deutschen Konsul innige Teilnahme an unserem Geschick erfahren. Der Dampfer hatte kaum angelegt, da wurden wir mit einem herzlichen Gruß vom Präsidenten des Landesfinanzamtes Stettin bewillkommnet. Mit welchen Gefühlen wir den überaus herzlichen Empfang empfunden haben, ist in Worten schwer zu beschreiben. **In Rußland wurden wir als Feinde, hier als Freunde ja, noch mehr, als Brüder behandelt. Fließt doch auch in unseren Adern deutsches Blut. Wir fühlen es, wir werden geliebt, man sucht uns das Leben angenehm zu machen.** Ja, wir sollen uns erholen von all den Unbilden und Aengsten, die wir in letzter Zeit durchmachen mußten. Trotz allem sind wir im Innersten nicht gefühllos geworden. Wir empfanden dankbar die Wohltat, die in unsere verwundeten Herzen und Gemüter träufelt wie linder Balsam in eine heiße Wunde.

„Dafür können wir nichts anderes, als mit bewegten Herzen der deutschen Regierung und den Volksgenossen, die so rührend an unserem Geschick teilnahmen, **unserem innigsten Dank zu sagen für das große Liebeswerk, das Sie an uns tun.** Wir sind zu gut arm, um diese Wohltat belohnen zu können. Dafür etwas können wir tun. Wir flehen von Herzen den Segen des Allerhöchsten herab auf Deutschland und sein Volk. Frieden und Wohlstand möge dem deutschen Vaterlande beschieden sein. Das Sprichwort „Morgenstunde bringt Zinsen" möge sich auch an Deutschland erfüllen. Wir fühlen uns glücklich hier in Sonnenmünde."

Der größte Warenmarkt der Welt

Auf Grund ihrer Aussteller- und Besucherzahl ist die Leipziger Messe als größte Messe der Welt anzusehen. Vor allem sind es zwei Eigenschaften, die die Leipziger Messe auszeichnen und dazu beigetragen haben, ihr den Weltruf zu verschaffen, nämlich ihre Internationalität und ihre Universalität. Die Internationalität zeigt sich sowohl in der Zusammensetzung der Einkäufer- wie auch der Ausstellerschaft, und zwar hat die Leipziger Messe diesen Charakter schon vor Hunderten von Jahren gehabt, denn schon damals kamen zu ihr Kaufleute aus den entferntesten Ländern, wie Türken, Armenier, Tartaren, Perser, brachten ihre ihre Waren zur Messe, verkauften und kauften auf ihr. Daß zur heutigen Mustermesse ebenfalls Angehörige aller Länder kommen, beruht in der Hauptsache auf der Universalität der Messe, d.h. der Vollständigkeit ihres Angebotes auf allen Warengebieten. Im Laufe der Jahre haben sich nämlich der Leipziger Messe wohl sämtliche Industriezweige angeschlossen, die überhaupt Waren nach einem Muster herstellen können oder Serienfabrikate herausbringen. Daneben ist die Leipziger Messe ein Markt für Halbfabrikate und neuerdings auch für Rohstoffe geworden.

Von der Fülle des Warenangebotes, das jährlich zweimal in Leipzig dem Einkäufer entgegentritt, kann man sich einen Begriff machen, wenn man hört, daß auf jeder Messe mehr als 10,000 Ausstellerfirmen vertreten sind.

Die Leipziger Frühjahrsmesse 1930 findet vom 2. bis 8. März (Große Technische Messe und Baumesse bis 12. März) statt, die Leipziger Herbstmesse 1930 dauert vom 31. August bis 5. Sept.

D. A. J.

Weltumschau

Kommunistischer Niederschlag. Im südöstlichen Berlin ist es zu wüsten Auftritten gekommen. Zwei Kommunisten, die in den Reihen ihrer Gnossen eine erhebliche Rolle gespielt hatten, wurden zu Grabe getragen. Die Kommunisten veranstalteten den Leichenzug, an dem sich eine ungewöhnlich große Menschenmenge beteiligte, zu Propagandazwecken. Mächtige rote Fahnen wurden am Leichenzug mitgeführt. Die Roten benahmen sich dermaßen so provokatorisch, daß die Polizei eingreifen mußte. Mit Steinen, Bierflaschen, Konservenbüchsen und sonstigen Wurfgeschossen wurde die Polizei bei ihrem Anmarsch von den Fenstern der umgebenden Häuser aus überschüttet. Es kam zu einem Handgemenge, bei dem zwei Polizisten durch Messerstiche erheblich verwundet wurden. Schließlich gab die Polizei mehrere Salven von Schreckschüssen in die Luft ab. Das half. Die Radaubrüder stoben nach allen Richtungen hin auseinander. Die Polizei nahm 12 Verhaftungen vor. Im Polizeipräsidium wurden die Festgenommenen einem strengen Verhör unterzogen. 42 derselben wurden später wieder in Freiheit gesetzt, die übrigen zehn aber sollen dem Richter vorgeführt werden.

Trotz dieser Zwischenfälle bewegte sich der eigentliche Leichenzug nach dem Friedhof weiter, wo eine Anzahl „Genossen" an den offenen Gräbern anregende Reden hielten und sich in Verwünschungen gegen den „blutigen" Polizeipräsidenten Zörgiebel ergingen.

Die Zusammenstöße zwischen Polizei und Kommunisten in dem Straßen Berlins fanden einen Widerhall in der Sitzung der Stadtverordneten, der erstmals in diesem Jahr. Wie bereits im alten Jahr veranlaßten die kommunistischen Stadtverordneten und der Landtagsabgeordnete den Saterien einen lärmenden Radau, daß die Sitzung geschlossen werden mußte.

Versicherungsraub erfolgt. Der bekannte Welfenschatz, der aus alten handgefertigten Juwelen und antiken Möbeln besteht und vom früheren Herzog von Braunschweig, dem einzigen Sammelgegenstand des früheren deutschen Kaiserhauses, zum Verkauf angeboten wurde, ist von ihm an eine Syndikat dreier Juwelierfirmen in Frankfurt a. M. verkauft worden. Obwohl Gerüchte im Umlauf waren, daß amerikanische Interessen versuchten, den Welfenschatz an sich zu bringen, sollen die Käufer die Transaktion nicht für ausländische Rechnung abgeschlossen haben.

Die Stadt Hannover hatte eine Option auf Ankauf des Schatzes zu dem billigen Preise von 10,000,000 Mark, deren erste Hälfte sofort gezahlt werden sollte, während die anderen 5,000,000 im Zeitraum von 30 Jahren zu begleichen gewesen wären, aber der Stadtrat beschloß mit den Stimmen der Kommunisten und Sozialisten gegen die der Bürgerlichen die Ablehnung dieses Angebotes.

Unter den Stücken des Welfenschatzes befinden sich Juwelen, die von Heinrich dem Löwen im Jahre 1173 von seiner Pilgerfahrt nach dem Heiligen Lande mit nach Deutschland gebracht wurden.

Deutsch-polnische Beziehungen. August Zaleski, der polnische Außenminister, erklärte, daß Polen den Völkerbundsrat in Genf ersuchen würde, den deutsch-polnischen Vertrag, der die finanziellen Forderungen infolge des Weltkrieges aufhebt, zu einem Teil des Young'schen Reparationsplanes zu machen. Zaleski erklärte ferner, daß ein Abkommen zwischen Deutschland und Frankreich nicht auf Kosten Polens erfolgen dürfte, und fügte hinzu, daß das polnisch-französische Militärbündnis der Grundstein des Friedens in Europa sei.

Der polnisch-deutsche Vertrag wurde im Herbst unterzeichnet. Er sieht die gegenseitige Aufhebung von Entschädigungsforderungen infolge des Krieges vor.

Finanzsorgen des britischen Adels. Wachsende Abgaben an den Fiskus, besonders die hohen Erbschaftssteuern, veranlassen den britischen Hochadel, Kunstschätze zu veräußern, die seit Jahrzehnten, in manchen Fällen seit Jahrhunderten, im Besitz ihrer Familien gewesen sind. So gab der Herzog von Richmond bekannt, daß er eine Anzahl Gemälde und alte Buchdrucke in Goinwood House, seinem großen englischen Landsitz, und in seinem schottischen Schloß Gordon Castle zu verkaufen gedenkt. Er sagte, er habe sich mit Bedauern dazu entschlossen, aber es bleibe ihm nichts anderes übrig, wenn er Goinwood House mit seinem großen Dienertroß aufrecht erhalten wolle. Gleichzeitig hörte man, daß der Earl of Durham im Begriffe stehe, zur Deckung von Erbschaftssteuern im Betrage von $4,750,000 das berühmte, von Sir Thomas Lawrence gemalte Bild „Der rothaarige Junge" für eine Million Dollars an einen amerikanischen Kunstsammler loszuschlagen. Zwei einander folgende Todesfälle der Grafen von Durham haben den Besitz des gräflichen Hauses zur Hälfte seines Wertes mit Erbschaftssteuern belastet.

Wieder eine Jagdreise. Der Prinz von Wales reiste an Bord des Dampfers „Kenilworth Castle" von Southampton nach Kapstadt ab, um seine afrikanische Jagdtour fortzusetzen, die er vor mehr als einem Jahre plötzlich abbrach, als König Georg lebensgefährlich erkrankte. Unter lautem Jubel von Freunden am Ufer und den Passagieren des Schiffes ging der Prinz an Bord. Sofort danach wurden die Leinen losgemacht und das Schiff begann seine Fahrt nach dem fernen Süden.

Der Prinz v. Wales reist auf der „Kenilworth Castle" als einfacher Passagier erster Klasse und ohne jede Formalitäten. Er selbst hatte darauf bestanden, daß seiner Anwesenheit wegen keine Umstände gemacht werden sollten.

Britische Sorgen um Indien. Ganz abgesehen von der allgemeinen Ansicht, daß die indische Freiheitsbewegung und die Ablehnung einer friedlichen Verhandlung augenblicklich keine schweren Nachteile für England mit sich bringt, dringt die Ansicht doch immer mehr durch, daß diese Bewegung und die Situation, die durch diese Bewegung geschaffen worden ist, der englischen Regierung sehr gefährlich werden kann. Eine der Hauptfragen, mit denen sich die englische Regierung befassen muß, ist die Frage des indischen Eisenbahnsystems. Die Kontrolle über die Eisenbahn lag fast gänzlich in den Händen der Engländer. Jetzt haben die Inder den Spieß umgedreht und die Verwaltung an sich gerissen. Ueberall sind an die Stelle der englischen Beamten indische Beamte getreten. Im Fall einer Krisis würde die Kontrolle vollständig an die Inder übergehen und der Truppentransport der englischen Truppen würde fast unmöglich gemacht werden.

Englische politische Kreise behaupten, von wichtigerer Bedeutung sei, ob der Aufforderung zum Ungehorsam Folge geleistet werden würde oder nicht. Wenn nämlich dieser Aufforderung Folge geleistet wird, dann ist mit einem allgemeinen Streik, der sich über das ganze Land ausbreitet, zu rechnen. Andere politische Beobachter prophezeien, daß es auf Grund des traditionellen Streites zwischen den Bewohnern Indiens nie so weit kommen würde, daß der Ungehorsamsaufforderung allgemeine Folge geleistet werden würde.

Der Unterstaatssekretär Earl Russell erklärte, daß die englische Regierung von ihren Ansichten keinen Finger breit abgehen werde und sich auf eventuelle Kompromisse nicht einlassen werde. In einer langen Rede, die er vor Mitgliedern der Arbeiterpartei der Arbeiterpartei hielt, ging er auf das ganze Problem in Indien ein. „Jeder weiß, und am besten wissen es die Inder selbst," erklärte Russell, „daß ihre Freiheitsbestrebungen töricht und die Worte, die sie darüber verlieren, unsinnig sind." Russell machte der Arbeiterpartei, die teilweise Zugeständnisse an Indien zu machen bereit ist, schwere Vorwürfe.

Keine Sonntagsruhe in Rußland. Der Sonntag ist in Sowjet-Rußland kein gesetzlicher Ruhetag mehr. Die siebentägige Arbeitswoche, die einer Gruppe von Arbeitern einen Rasttag in je fünf Tagen erlaubt, während eine andere Gruppe ihre Arbeit fortsetzt, ist jetzt in fast allen Einrichtungen, Büros, Fabriken, Schulen, Museen, Bibliotheken, Bergwerken und Kleingeschäften eingeführt, und bald werden Theater, Zeitungen und Hospitäler die gleiche Arbeitseinteilung erhalten.

Dies Arbeitssystem, welches die 24 Tagesstunden in drei verschiedene Arbeitsschichten einteilt, ermöglicht es der Regierung, eine Art fortdauernde menschliche Arbeitsleistung zu erreichen. Zu keiner Stunde bei Tag und Nacht ist während der siebentägigen Arbeitswoche eine Fabrik, ein Geschäft oder ein Regierungsunternehmen völlig stillgelegt. Nach Angaben der Regierung hat das System einer ununterbrochenen Arbeit eine erhöhte Produktion herbeigeführt. In den Kohlenbergwerken des Don-Beckens ist das neue System bereits vollständig eingeführt und hat, wie behauptet wird, die Produktion um 16 Prozent und die Arbeitsleistung um 4 Prozent erhöht. Das Offenhalten der Geschäftsläden an vollen 7 Tagen ermöglicht das Einkaufen von Lebensbedürfnissen während des ganzen Sonntags.

Die künftige Königin von Italien. Das italienische Königshaus wurde mit dem belgischen Königshaus durch die Heirat des italienischen Kronprinzen Humbert mit der belgischen Prinzessin Maria Jose verbunden. Die Trauung fand im italienischen Königspalaste statt. Der Glanz und die Pracht, mit welcher diese Hochzeit stattfand, ist in Europa seit dem Kriege nicht gesehen worden. Ueber 40,000 Personen warteten außerhalb des Palastes, um die Kundgebung der Heirat zu erwarten.

Die belgische Prinzessin Maria Jose wurde von ihrem Vater, dem König Albert von Belgien, zum Altare geführt. Königin Helene von Italien wurde vom Prinzen Humbert geführt. König Viktor Emanuel begleitete die belgische Königin. Könige, Königinnen, Prinzen und Prinzessinnen hatten sich eingefunden, um der Trauung beizuwohnen und Zeuge des Aktes zu werden, welcher die belgische Prinzessin zur künftigen Königin von Italien machen soll.

Als ein gutes Vorzeichen wurde ein besonderer Vorfall betrachtet. Gerade als der Segen über das Paar gesprochen wurde, trat die Sonne, die sich während des ganzen Morgens hinter den Wolken versteckt gehalten hatte, hervor. Ein ungeheurer Jubel brach unter der Bevölkerung aus.

Spanien vor ernster Krise. Nachdem Primo de Rivera, der Premier des Königreiches Spanien, die Zügel der Regierung als Diktator über sechs Jahre in seinen Händen gehalten hat, steht er jetzt vor einer politischen Krisis, die zu einer vorzeitigen Beendigung seines Regimes und vielleicht auch zur Abdankung des Königs Alfonso führen kann. Die Nationalversammlung wird zu entscheiden haben, sagte der Premier, ob sie ein Ein- oder Zweikammersystem will, wie es früher gewesen ist. Nach der Entscheidung durch die Nationalversammlung wird der König vor die entscheidende Frage der Annahme oder Ablehnung gestellt werden.

Ein Mittelmeerpakt. Die Vertreter der beteiligten Mächte sind damit beschäftigt, den Mittelmeerpakt zu entwerfen, welcher der Londoner Seeabrüstungskonferenz vorgelegt werden soll und von dem man sich den Umschwung der Konferenz zum Gelingen verspricht. Da Spanien an dem Mittelmeerpakt ein vitales Interesse hat, wird es andauernd bezüglich der Paktbestimmungen zu Rate gezogen werden. Die Hauptabmachungen liegen aber zwischen Italien und Frankreich, und als dritte kaum weniger interessierte Macht gesellt sich Großbritannien dazu, weil über das Mittelmeer und den Suezkanal der große Handelsweg des Britenreiches hinweggeht, den es offen halten muß. Da dem Mittelmeerpakt namentlich von französischer Seite so große Bedeutung beigemessen wird, dürfte auch Spanien eingeladen werden, die Lodoner Konferenz, so weit sie sich mit dem Mittelmeerpakt befaßt, mitzumachen.

Vorläufig ist ein Pakt in Aussicht genommen, der weniger starr sein soll als der Locarno-Pakt, welcher den Frieden im Rheingebiet gewährleistet, aber energischer und klarer in seinen Bestimmungen als der nach der Washingtoner Flottenkonferenz abgeschlossene Viermächtepakt zwischen den Ver. Staaten, Britannien, Japan und Frankreich zur Sicherung des Friedens auf dem Stillen Ozean.

Späte Einsicht

Der „Daily Herald" in London (England) schreibt zum Besuch des deutschen Generals und Afrika-Kämpfers v. Lettow-Vorbeck:

„Wir fühlen uns sehr großmütig bei solchen Gelegenheiten und sehr ritterlich, und wir klopfen uns dann selbst auf die Schulter und loben uns, daß wir das Geschehene so schnell vergessen können. Besser würde es sein, wenn wir solche Gedanken entwickelten, ehe das Geschehene vorüber ist. Warum haben wir nicht früher erkannt, daß General v. Lettow-Vorbeck eigentlich ein sehr anständiger Mann ist, zu einer Zeit, wo er und seine Kollegen als Raufbolde geschildert wurden, die sich niemals wischen und gerne auf die weiße Flagge schössen. Heute ist Lettow-Vorbeck kein Hunne mehr, sondern ein „jolly good fellow". Er ist kein Babymörder mehr und schneidet keinem Kinde die Hände ab. Anstatt uns auf die Schulter zu klopfen und uns zu loben wegen unserer gegenwärtigen Stimmung, sollten wir uns eigentlich Fußtritte geben wegen unserer früheren Stimmung."

Sagen Sie es Ihren Freunden:

„Der Courier ist die führende deutsche Zeitung in Canada!"

Großer Rubelfälschungsprozeß in Berlin

(Fortsetzung von Seite 1.)

etablierten angeblichen Kommissionsgeschäft eines Georgiers namens Sadathierashwili, der mit kaukasischen Antiken handelte und gleichzeitig ein schwunghaftes Geldwechselgeschäft betrieb, bei dem er russisches gegen deutsches Geld austauschte. In dem Hause fanden die Polizisten eine Falschgelddruckerei. 120,000 noch nicht ganz fertig gestellte falsche Rubelscheine und genügend Papiervorrat, um 1,200,000 mehr herzustellen.

Der Besitzer der Falschmünzerei hatte sich der Verhaftung durch rechtzeitige Flucht entzogen, aber die deutsche Geheimpolizei legte ihre Hand auf seinen zurückgelassenen Geschäftsführer, einen Georgier Namens Karumidse, der in Georgien als Anhänger Kerenskys eine Führerrolle gespielt hatte, aber ins Ausland geflohen war, als die Bolschewisten in Rußland ans Ruder kamen. Karumidse hatte Verbindung mit Leuten, die im Kaukasus Petroleumquellen besessen hatten und den Verlust dieses Besitzes unter dem Sowjet-Regime nicht zu verwinden vermochten. Zu ihnen gehörten Sir Henry Deterding, der Herzog von Leuchtenberg und Sablin, der Russe der in London alle Machenschaften gegen die russische Sowjetregierung leitete. Von diesen Leuten bezog Karumidse Geldmittel für das Komplott, bis General Hofmann und General Wrangel sich miteinander entzweiten, und Sir Henry Deterding dem Komplott seine finanzielle Unterstützung entzog.

Basil Simonin-Karumidse, der Georgier, der an München verhaftet wurde, war der erste der Angeklagten, zu dessen Vernehmung der Gerichtshof zurückkehrte. Er erklärte, während des Weltkriegs im Auftrag der Kerenskyregierung im Auslande gewirkt, während Premier Dr. Anderson von Saskatchewan sich so gestellt habe, als verstehe er die Frage nicht. Dr. Anderson habe „absolut unwahre Aeußerungen" getan. (Die letztere Bemerkung bezieht sich wahrscheinlich auf die Behauptung Dr. Andersons, man habe ihm von Ottawa aus eine Falle stellen wollen.)

Bezüglich der Meldung, daß die Canadische Pacificbahn 200 Mennonitenfamilien nach Canada bringe, so handle es sich hier um solche Einwanderer, die bereits Verwandte im Lande haben und von ihnen versorgt werden, damit sie der Oeffentlichkeit nicht zur Last fallen. Er habe jedenfalls niemals der C.P.R. eine besondere Erlaubnis erteilt, 200 Mennonitenfamilien nach Canada zu bringen.

Forke für die Zentraleuropäer

Auf der Jahresversammlung der Vereinigten Farmer von Manitoba in Brandon, Man., betonte Senator Forke in einer Ansprache, die zentraleuropäische Einwanderung sei gegenwärtig auf 25 Prozent beschränkt. Er behaupte, **der Zentraleuropäer leiste jene Farmarbeit, die andere Nationalitäten nicht leisten wollten.** Er müsse zugeben, daß er bei seinen Besuchen in Winnipeg unter den Einwanderern, die deportiert werden mußten, **wohl 200 Briten, aber nur selten einen „Foreigner" getroffen habe.** Forke wandte sich auch **gegen die übertriebene Propaganda für das Peace River Gebiet, das nicht so leicht zu entwickeln sei.** Es sei stark mit Buschwerk bedeckt und habe auch viel Sumpfboden aufzuweisen. Zur Kultivierung sei viel Kapital erforderlich. Doch die Zentraleuropäer gingen auf das buschbestandene Land, der Mann an die Pennies der dreißig Provinzregierungen gemacht und ihnen das Problem zur Erwägung vorgelegt. Man habe die Leute nicht ohne weiteres nach Canada hereinkommen wollen. Die Premiers von Alberta und Manitoba seien sofort gemußt, um was es sich handelt, und die Anfrage der canadischen Einwanderungsministeriums zu schützen gewesen.

Mennoniten kommen nach Canada

(Fortsetzung von Seite 1.)

dem andere aus dem Wege gehen. Nach dreijähriger Erfahrung sei er gegen die mit Regierungshilfe unterstützte Einwanderung. Jene Einwanderer seien die besten, die ihre Reise selbst bezahlen.

Deutscher und österr. Widerstand auf Haager Konferenz

(Fortsetzung von Seite 1.)

plan auferlegt werden, weit hinausgehen. Dabei wird Frankreich besonders von der britischen Arbeiterregierung unterstützt, was ebenfalls stark enttäuschend auf das deutsche Volk wirkt.

Ludwig Kastl, ein Finanzsachverständiger und einer derjenigen, die den Youngplan unterzeichnet haben, kehrte vom Haag nach Berlin zurück. Während eines Interviews erklärte Kastl, daß die Alliierten begonnen hätten, Zugeständnisse von der deutschen Delegation zu erpressen, über die niemals eine Vereinbarung getroffen worden wäre, und daß die deutsche Delegation sich selbst in einer Lage befinde, die als sehr ungünstig bezeichnet werden müsse, besonders, seitdem im Lande die finanziellen Schwierigkeiten ausgebrochen sind.

Kastl erklärte weiter, daß Curtius am liebsten einen abschließenden Vertrag erreichen möchte. Viel Hoffnung wird auf Dr. Schacht im Haag gesetzt. Man nimmt an, daß durch seine Vermittlung schnell Verträge zustande kommen werden. Besonders über die Frage der Sanktionen wird man sich bald einigen. Mit kleinen Schwierigkeiten muß aber auch bei dieser Frage gerechnet werden.

Eine zweite Frage, die Erledigung finden muß, ist die Frage, wann Deutschland die Zahlungen leisten soll. Die Gläubiger verlangen, daß die Zahlungen am 15. eines jeden Monates geleistet werden sollen, während Deutschland sich auf den Standpunkt stellt, daß für es der letzte eines jeden Monates der günstigste Tag sei. Hier mag vielleicht Dr. Schacht helfend eingreifen.

Die dritte Frage, die noch erledigt werden muß, und welche den Deutschen viele Kopfschmerzen bereitet, ist die Einführung einer Klausel in das Protokoll, wonach eine Revision des Reparationsabkommens ermöglicht wird. Die deutschen Vertreter im Haag haben erklärt, daß sie von dieser Forderung keinen Schritt zurückgehen würden.

Note an die deutschen Delegierten

Im Haag, 11. Januar. — Frankreich und England haben heute den deutschen Delegierten eine Note überreicht, in welcher sie eine Klarlegung der deutschen Vorschläge für die Regelung der Reparationen verlangen. Die bevorstehende Abreise des Außenministers Briand und die bevorstehende Abreise Andre Tardieus haben aller Wahrscheinlichkeit die Alliierten veranlaßt, diese Note an die Deutschen zu richten. Snowden, der englische Vertreter auf der Haager Konferenz, forderte die Deutschen auf, zu erklären, ob sie lieber zum Dawes-Plan zurückkehren oder ob sie den Young-Plan wollten.

Die Haager Konferenz ist zu einem gewissen Stillstand gekommen. Lebhafte Arbeit wird im Haag erst dann einsetzen, wenn Dr. Hjalmar Schacht, der Präsident der deutschen Reichsbank, nach dem Haag kommt und ganz entschieden gegen die französischen Forderungen nach militärischen Garantien für die Zahlungen Deutschlands auftritt. Die erfolgreiche Beendigung der Haager Konferenz wird vor Ablauf der nächsten Woche kaum zu erwarten sein.

Bitte, aufmerksam beachten!

Immer wieder kommt es vor, daß Leser des „Courier" an uns Anfragen richten, die sich auf Anzeigen beziehen. Andere gehen sogar so weit, daß sie uns Geld für Bücher oder sonstige Waren zuschicken, die im „Courier" angezeigt sind. Als eine Anzeige mit einem Rätsel in unserer Zeitung erschien, erhielten wir die Rätsellösungen. Ein anderer schickt uns Geld für Bücher, die in einer Anzeige angekündigt sind. So werden wir immer wieder mit Anfragen, Aufträgen und Geldsendungen bedacht, **die uns gar nichts angehen.**

Wir bitten unsere werten Leser folgendes wohl zu beachten: Die Anzeigen sind Geschäftsaufträge von Anzeigenkunden des „Courier". Diese Anzeigenkunden sind für ihre Anzeigen selbst verantwortlich und die einzigen Stellen, an welche Bestellungen oder Rätsellösungen oder Anfragen oder Geldsendungen zu richten sind. **Man schreibe also immer direkt an die Box Nummer, an die Privatadresse oder an die Firma, die in der betreffenden Anzeige angegeben ist.**

Eine Zeitung wie „Der Courier" kann sich nicht mit Privatangelegenheiten seiner Leser befassen und muß es in Zukunft **strikte ablehnen,** solche Zuschriften oder Geldsendungen, die sich auf Anzeigen beziehen, anzunehmen. Wir müssen das schon deswegen tun, weil wir uns ganz unnötig der Gefahr aussetzen, daß uns dadurch unangenehme Scherereien entstehen.

Also, bitte, liebe Leser, sendet in Zukunft Antworten oder Geldsendungen auf Anzeigen nur an die Adresse, die in den betreffenden Anzeigen angegeben ist!

„Der Courier"